

Postulat David Roth und Mit. über Unabhängige Überprüfung der wissenschaftlichen Standards am IWP

Eröffnet am

Der Regierungsrat wird aufgefordert, sich im Universitätsrat für eine externe Untersuchung einzusetzen, welche die Einhaltung von wissenschaftlichen Standards am Institut für Wirtschaftspolitik untersucht.

Begründung:

Bereits bei der Gründung des Instituts stand der Verdacht im Raum, dass Professor Christoph Schaltegger sowie der Geschäftsführer und rechte Publizist René Scheu das Gefäss für ihre eigene politische Agenda und jene ihrer Geldgeberinnen und Geldgeber nutzen werden. Verschiedentlich wurde auch die unausgewogene Zusammensetzung und rechtslibertäre Schlagseite des Beirats kritisiert. Unterdessen hat sich diese Entwicklung dahingehend zugespitzt, dass das Institut eine Gefahr für die Reputation der Universität Luzern darstellt. Die zweifelhaften Arbeiten des Instituts haben dazu geführt, dass Wirtschaftsprofessorinnen und Wirtschaftsprofessoren anderer Unis bereits Warnungen aussprechen, dass die Publikationen wissenschaftlichen Standards nicht standhalten, sondern nur Propaganda seien. Drei Beispiele von Äusserungen auf Twitter:

- Dina d. Pomeranz, Wirtschaftsprofessorin der Universität Zürich: „Wichtig für alle JournalistInnen zu wissen: das neue "Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik" - an der Uni Luzern angegliedert - ist kein unabhängiges akademisches Institut. Es ist eine politisch klar wirtschaftskonservative Gruppe, deren Analysen oft nicht Stand halten.“
- Marius Brühlhart, Professor für Wirtschaft an der Universität Lausanne: «Lobbying der cleveren Art: Industrielle finanzieren Forschungsinstitut. Institut ziert sich mit Gütesiegel einer staatl. Uni. Institut verteilt scheinwissenschaftlich Farb-Noten an versch. Arten von Subventionen: rot für Klimaschutz, grün für Unis. Smart.»
- Mathias Binswanger, Professor für Wirtschaft an der Fachhochschule Nordwestschweiz: «Die meisten Subventionen in der Landwirtschaft sind Direktzahlungen und diese werden in dem erwähnten IWP-Subventionsreport pauschal als "wohlfahrtsvermindernd" eingestuft. Evidenz?: drei willkürlich herausgegriffene Arbeiten werden zitiert. Fazit: keine seriöse Arbeit!»

Seit Juni 2023 betreibt das Institut sogar Propaganda mit klassischen politischen Mitteln, wie der Plakatwerbung. Dabei werden teils abstruse Vergleiche gezogen und

Zahlen ohne Kontext präsentiert, so dass sie die Leute in die Irre führen sollen. Die inhaltliche Absicht ist dabei offensichtlich: Sozialausgaben, die Lohnpolitik der öffentlichen Verwaltung, eine stärkere Finanzierung der AHV, Staatsschulden werden mit aus dem Zusammenhang gerissenen Vergleichen als negativ dargestellt. Es macht den Anschein, dass das Schaltegger-Institut keine unabhängige Forschung betreibt, sondern ein verlängerter Propagandaarm seiner Geldgeberinnen und Geldgeber ist, die eindeutige politische Ziele verfolgen. Eine Instrumentalisierung der Uni für solche Zwecke wäre nicht nur unwürdig, sondern eine Gefahr für den Ruf der gesamten Universität Luzern.

Selbstverständlich steht es allen Geldgeberinnen und Geldgeber frei, private Thinktank aufzubauen und zu finanzieren. Es darf aber nicht sein, dass der Staat sich mit der Finanzierung von personellen Ressourcen und dem zur Verfügung stellen von Infrastruktur, daran beteiligt. Und genau dies tut die Universität Luzern. Das Institut nutzt Räume und Dienstleistungen der Uni und auch Professor Schalteggers Lohn wird nach wie vor von der Universität bezahlt. Um den Ruf der Universität sicherzustellen, braucht es eine externe Überprüfung der Vorwürfe gegen das Institut. Basierend auf deren Erkenntnissen sollen Massnahmen abgeleitet werden, um die wissenschaftliche Objektivität der Tätigkeiten des Instituts zu gewährleisten.